

(Berichterstatter Abgeordneter Dr. Gähnel.)

(A) lichen Staatsregierung, für die hauptsächlichsten vier amts-hauptmannschaftlichen Kartoffelüberschußgebiete erlassen wurde. Daraus ergibt sich, daß die ganze Lage damals eine bedrohliche war und daß es jedenfalls Pflicht der Regierung war, alles zu tun, um die Beschaffung von Saatgut wirklich sicherzustellen.

Wie liegt nun, meine sehr verehrten Herren, die Sache gegenwärtig? Die Kartoffelbestellung ist, kann man annehmen, ziemlich beendet. Sie ist nicht erfolgt ohne Schwierigkeiten. Auch diese Schwierigkeiten finden ihre Erwähnung in der Drucksache Nr. 108, namentlich die Hauptschwierigkeit in der Beschaffung von Dünger, und zwar, wie die Verhältnisse jetzt liegen, von Stalldünger. Man kann den Umstand also nicht unterschätzen, daß in den kleinen und kleinsten Wirtschaften ein solcher Mangel an Stalldünger herrschte und noch herrscht, daß dadurch auch die Kartoffelbestellung ernstlich gefährdet wurde, und daß man, wenn man eine Mehrbestellung haben wollte, auch mit ganz handgreiflichen Mitteln an die Kartoffelbauern herantreten mußte, um sie dennoch zu einem vermehrten Kartoffelanbau anzuregen. Ich von meinem Standpunkte aus möchte nur wünschen, daß die Anregung, die durch die Maßnahmen der Regierung getroffen wird, recht vollen Erfolg gehabt haben möge. Ich würde es bedauern, wenn das nicht der Fall wäre, denn wir können doch nicht nur

(B) mit günstigen Verhältnissen rechnen, wie sie im Vorjahre, was die Witterungsverhältnisse anlangt, für die Kartoffel stattfanden, sondern wer steht uns dafür, daß auch wieder ungünstigere Verhältnisse eintreten, und daß sich dann der Winderanbau der Fläche nach an Kartoffeln um so mehr geltend machen würde?

Meine Herren! Nun hat aber die Verfügung auch noch einen anderen Grund gehabt, und zwar den, daß denjenigen, die mehr Kartoffeln anbauen wollten, auch Gelegenheit gegeben wurde, mit dem Saatgut zu wechseln, und die Landwirte unter uns brauche ich nicht darauf hinzuweisen, ich brauche Ihnen gegenüber nicht auszuführen, einen wie großen Wert der Saatgutwechsel namentlich aus anderen entfernteren Gegenden hat.

Nun hat uns die Königliche Staatsregierung in der Deputation ausgeführt, daß sie 800 000 Zentner Kartoffeln von auswärts angekauft habe und daß diese als Saatgut zur Verfügung standen für diejenigen, die die Verpflichtung eingingen, zu dem ermäßigten Preise von 3 M. 50 Pf. für den Zentner die Anbaufläche zu vergrößern. Die Sache liegt nun so, daß im Monat Mai diejenigen, die Anspruch haben wollen auf diese Vergütung, erst den Antrag auf diese Vergütung bei den Kommunalverbänden oder beim Landeskulturrat stellen müssen. Der Antrag wird dann geprüft, ob es sich auch

so verhält, ob die Angaben, daß und inwieweit mehr Kartoffeln als 1917 in den einzelnen Wirtschaften angebaut worden sind, stimmen, und erst dann erfolgt die Auszahlung. Also die Sache liegt nicht etwa so, daß jetzt schon die Auszahlung erfolgt ist, sondern daß für den Fall, daß alles stimmt, daß der Nachweis des vermehrten Anbaues usw. erbracht ist, dann erst die Auszahlung erfolgt. Immerhin ist anzunehmen und es ist ganz erklärlich, daß, wenn von der Regierung aus der Anbau mit dem Hinweis darauf angeregt wird, daß eine Beihilfe erfolgen soll, daß sich nun die kleinen und mittleren Landwirte auf die Zusage der Regierung verlassen und daß sie sich infolgedessen zu dem Mehranbau entschlossen haben. Lehnt der Landtag die Summe ab, was soll nun da werden? Wenn eine Auszahlung nicht erfolgen würde, so würden mit Recht die Landwirte draußen, die sich durch die Zusage zum Mehranbau haben bestimmen lassen, nicht nur erbittert, sondern, ich glaube, berechtigt sein, auch Rechtsmittel dagegen anzuwenden; denn wenn in so bindender Weise die Regierung und die Behörden draußen etwas versprechen, so glaube ich, müssen die einzelnen Staatsbürger auch geschützt sein und müssen annehmen können, daß die Zusagen wirklich erfüllt werden.

(Abgeordneter Günther: Sehr richtig!)

(D) Ich glaube, daß man auch diesen Gesichtspunkt nicht außer acht lassen darf.

Wenn der Zweck, den Mehranbau anzuregen und tatsächlich in die Wege zu leiten, durch die Maßnahmen der Regierung erreicht wird, was ich hoffe, so ist demgegenüber der rein formelle Standpunkt, den ich durchaus nicht bekämpfen will, der Standpunkt, daß man es so aufgefaßt hat: die Kammern haben ja die Prämien abgelehnt, und hier wird ja die Prämie gewährt, nicht aufrechtzuerhalten. Ich glaube, das würde zum Nachteil sein, nicht nur der gesamten mittleren und kleineren Landwirte, sondern es würden bei künftigen Maßnahmen, wenn solche Zusicherungen einmal, ich nehme an, mit Bewilligung der Kammern, gemacht würden und wenn solche Zusicherungen wieder an die Landwirte herantreten, diese sagen: wir sind damals getäuscht worden, wir lassen uns auf solche Versprechungen nie wieder ein; und auf diese Folge möchte ich am Schlusse noch mit allem Ernst hinweisen.

(Bravo! rechts.)

**Vizepräsident Dr. Spieß:** Wie mir mitgeteilt worden ist, ist es nicht ausgeschlossen, daß zu diesem